

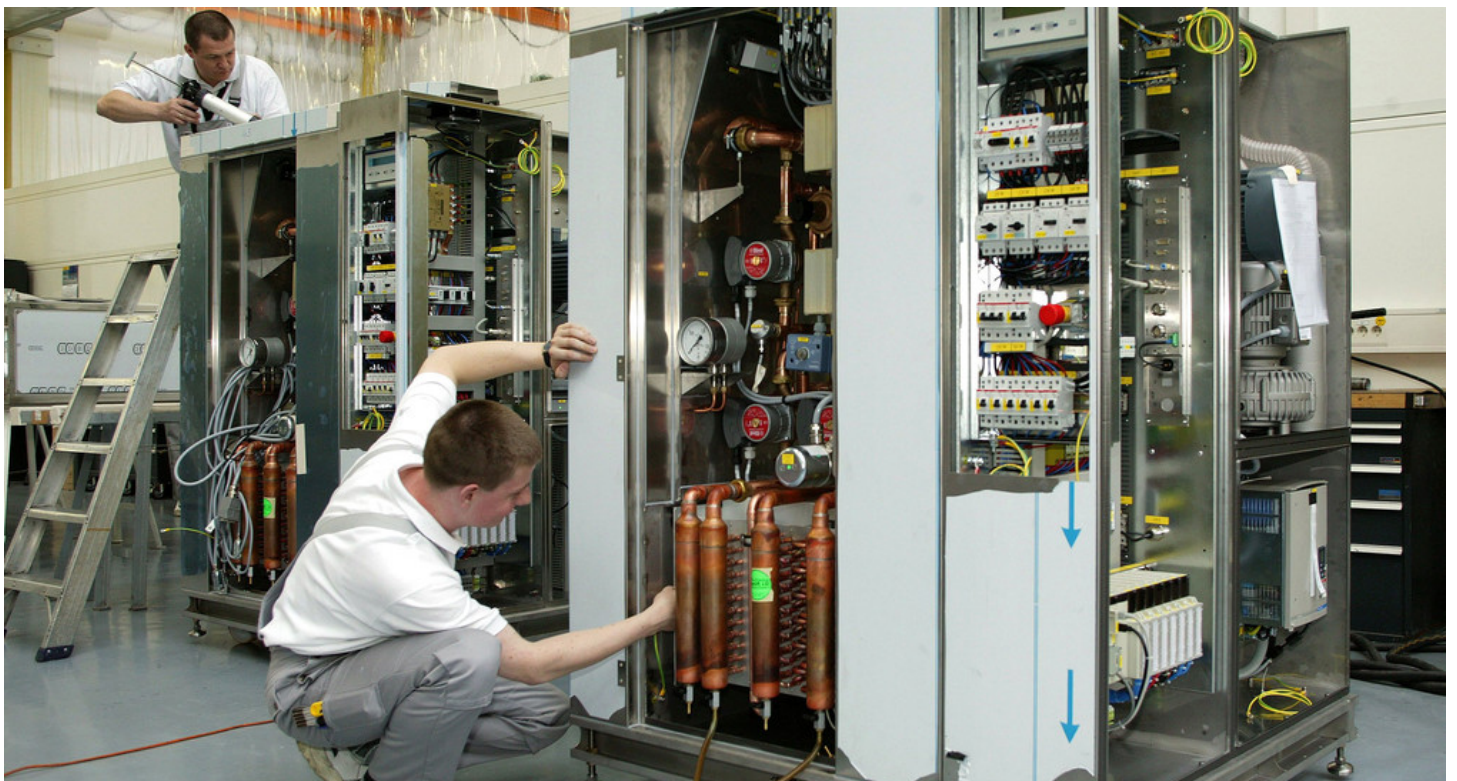


Baden-Württemberg.de

📅 17.03.2022

KONJUNKTUR

Krieg in der Ukraine erhöht die Rezessionsgefahr



© picture-alliance/dpa/dpaweb | Harry Melchert

Das Tübinger Institut für angewandte Wirtschaftsforschung hat eine aktuelle Konjunkturprognose für das Land erstellt. Aus Sicht von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut ist eine Rezession für 2022 aufgrund des Krieges in der Ukraine nicht ausgeschlossen.

Das [Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung \(IAW\)](#) legte am 17. März 2022 seine [aktuelle Konjunkturprognose für Baden-Württemberg \(PDF\)](#) vor. Dazu sagte Wirtschaftsministerin [Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut](#): „Der [Krieg in der Ukraine](#) sendet Schockwellen, die auch unsere Wirtschaft treffen. Alle Prognosen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind stärker denn je mit Unsicherheiten behaftet. Die Abwärtsrisiken dominieren jedoch. Für 2022 ist eine Rezession nicht ausgeschlossen – umso wichtiger sind jetzt angemessene Stabilisierungsmaßnahmen. Schon die Corona-Pandemie hat die Krisenfestigkeit unserer Wirtschaft auf eine harte Probe gestellt. Alles in allem hat sie sich aber als resilient erwiesen, wie der dynamische Anstieg der Wirtschaftsleistung zum Ende des letzten Jahres

zeigt. Der Krieg bedeutet nun eine weitere Zäsur. Die gegenwärtigen Preissteigerungen für Energie stellen eine enorme Belastung für die Ertragslage und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen dar. Außerdem mindern sie die Kaufkraft der privaten Haushalte.“

Die Ministerin betonte, dass die Wirtschaftspolitik stabilisierend eingreifen müsse. Es sei daher richtig, dass der Bund bereits ein Kreditprogramm der **Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)** für die von Kriegsfolgen besonders betroffenen Unternehmen angekündigt habe und an der Umsetzung arbeite. „In diesen Prozess bringen wir uns konstruktiv ein, um passgenaue Maßnahmen auf den Weg zu bringen“, betonte die Ministerin.

Steuern und Abgaben auf Energie senken

Auch die Kaufkraft der privaten Haushalte müsse gestützt werden: „Hier ist es angemessen, Steuern und Abgaben auf Energie zu senken. Wirksame Hebel sind etwa eine Absenkung der Stromsteuer, der Netzentgelte sowie der Energiesteuer. Neben den privaten Haushalten würden davon auch Unternehmen profitieren,“ betonte Hoffmeister-Kraut.

Die Berechnungen des IAW spiegeln dabei die Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine noch nicht wider. Die Forscherinnen und Forscher gehen – bereits ohne die Berücksichtigung bereits eingetretener und noch zu erwartender ökonomischer Folgen durch den Ukraine-Krieg – von einer verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Quartal und in den Folgequartalen aus. Die IAW-Prognose basiert auf einem Modell, das in Zusammenarbeit mit der **Universität Hohenheim** und gefördert durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus entwickelt wurde.

[Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung: Erstes Quartal 2022: Nowcast und Prognose des Bruttoinlandsprodukts für Baden-Württemberg \(PDF\)](#)

[Informationen rund um die Ukraine-Krise](#)

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/krieg-in-der-ukraine-erhoeht-die-rezessionsgefahr/?cHash=6fb0fd5fc46721b4ba99efc9f9134048&type=98>